

Keine Steuermillionen für eine Privatsache

Von Claudio Schmid, SVP-Kantonsrat, Bülach

Die SVP-Kantonsratsfraktion hat gegen die Kreditvorlage, mit der 6,15 Millionen Franken für sogenannte Integrationskurse bewilligt werden sollen, das Behördenreferendum ergriffen. Sie wollte den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Möglichkeit geben, frei über diese subtile und originelle Form der Steuergeldverschleuderung zu befinden. Der Kanton Zürich ist nach Ansicht der SVP finanziell nicht in der Lage, sich derartige Prestigeprojekte zu leisten. Der Ruf nach teuren Präventionsmassnahmen ist das mittlerweile übliche Vorgehen, um politisches Versagen zu kaschieren. Im Zusammenhang mit dem Ausländer- und Asylwesen vermochte sich eine ganze Industrie zu etablieren, die lediglich dank staatlichen Zuschüssen überleben kann und die sich darum selbst laufend neue Aufträge zuschanzt. Dieser Tendenz gilt es zu begegnen.

welche die Tüchtigen und Leistungswilligen mit Erfolg belohnt. Das Zauberwort Integration wird leider von einer grossen Mehrheit unserer Politiker falsch ausgelegt. Integration ist nicht primär Aufgabe der Gesellschaft, sondern Pflicht der zugewanderten Ausländer. Was in anderen Einwanderungsländern die Regel ist, sollte auch bei uns gelten. Wer in Kanada, Australien oder in den USA einwandert, erhält keine Kurse bezahlt, sondern muss sich selbst um Spracherwerb und Eingliederung kümmern. Dazu bestehen in unserem Land unzählige Vereine. Aus diesen Gründen empfiehlt die SVP, den Kredit abzulehnen.

Hohe Kosten und schwache Erfolgsbilanz

Angesichts der Tatsache, dass von den 350 beitragsberechtigten Kursplätzen in den letzten Jahren nicht einmal 300 belegt worden sind, kann nicht behauptet werden, das Bedürfnis nach Integrationskursen sei ausgewiesen. Entsprechend gering ist die Wirkung. Nach dem Schuljahr 2002/03 schafften nur gerade 17,8 Prozent die Aufnahme in eine Berufs-, An- oder Vorlehre, 13,9 Prozent wurden berufstätig, während die grosse Mehrheit aller Kursteilnehmer eine schulische Zwischenlösung wählte (35,9 Prozent). Bei 32,2 Prozent – also jedem Dritten – wird als Anschlusslösung «pendent» und «anderes» angeführt.

Anlass zu Kritik gibt auch die finanzielle Seite der Vorlage. Die Personalkosten betragen pro Kurs 158 000 Franken. Inklusiv Sachaufwand kostet ein Kurs beinahe 200 000 Franken. Jeder Deutschkurs in einer Migros-Klubschule ist wesentlich günstiger und effizienter. Für den Steuerzahler dürfte ferner von Interesse sein, dass die Kursteilnehmer lediglich für knapp 10 Prozent der erwähnten Kosten aufzukommen haben. Bei einem derart tiefen Selbstkostenanteil trägt man dem Verursacherprinzip nicht Rechnung.

In den letzten Jahrzehnten stieg der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung kontinuierlich. Dabei haben wir in erster Linie mit einer Zuwanderung zum sozialen System zu kämpfen. Der Anteil der erwerbstätigen Ausländer ist gegenüber den siebziger Jahren gesunken. Aus einer arbeitsmarktorientierten Zuwanderung wurde eine Sozialstaats-Zuwanderung. Bei der nun zur Debatte stehenden Bevölkerungsgruppe handelt es sich zum grössten Teil um eine Zuwanderung aus Südosteuropa, vor allem um Personen, die durch den Familiennachzug in unser Land immigriert sind. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in den Herkunftsländern um ein Vielfaches höher als in der Schweiz. Umgekehrt sind die Leistungen, welche die Jugendlichen in diesen Ländern erhalten, bedeutend niedriger. Wenn sich nun eine in der Schweiz niedergelassene Familie dazu entschliesst, ihre jugendlichen Kinder in die Schweiz nachzuholen, kann es nicht Aufgabe der Zürcher Steuerzahler sein, soziale Unterschiede zu beseitigen.

Zuwanderung zum sozialen System

Wir haben die Immigration eines Einwanderungslandes, aber die Gesetzgebung eines Sozialstaates. Das führt zu einer fatalen Weichenstellung. Die Verlockungen des Sozialstaates sind stärker als die der freiheitlichen Marktwirtschaft,